Ressort: Gesundheit

Neuer Unions-Vorschlag zur Organspende

Berlin, 24.08.2018, 05:00 Uhr

GDN - Aus der Union kommt ein Vorstoß für eine grundlegende Neuausrichtung der Organspende-Praxis in Deutschland. Georg Nüßlein (CSU), stellvertretender Vorsitzender der Unionsfraktion, hat dazu ein Positionspapier erarbeitet, schreiben die Zeitungen des "Redaktionsnetzwerks Deutschland" (Freitag).

Abweichend von der bisherigen Praxis, wonach Organentnahmen nur bei ausdrücklicher Zustimmung möglich sind, soll demnach grundsätzlich jeder ein potenzieller Spender sein – außer bei Widerspruch. Konkret fordert Nüßlein "eine doppelte Widerspruchslösung, wonach sowohl der Verstorbene zu Lebzeiten wie auch dessen Angehörige einer Organentnahme widersprechen können". Der Rückgang der gespendeten Organe um 9,5 Prozent im vergangenen Jahr sei "mit Sorge zu betrachten", schreibt Nüßlein. "Die Politik ist – auch mit Blick auf unsere christliche Verantwortung für den Schutz und Erhalt des Lebens – dazu aufgerufen, hier Lösungen zu finden." Der Vorstoß setzt Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) unter Zugzwang. Er hatte für den Herbst eine Gesetzesinitiative zur Organspende angekündigt. CSU-Politiker Nüßlein schreibt in seinem Papier, es müsse auch dafür gesorgt werden, "dass die vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten und die Prozesse bei der Organspende umgesetzt und verbessert werden". So müssten die Transplantationsbeauftragten in Krankenhäusern "ab einer gewissen Größe" von Routineaufgaben freigestellt werden. Die Kliniken sollten zudem höhere Vergütungen für Organentnahmen erhalten – ebenso wie Ärzte für die Identifikation potenzieller Spender. Zudem spricht sich Nüßlein für mobile Expertenteams zur Feststellung des Hirntods aus. Hintergrund ist eine Vorschrift, wonach vor einer Organentnahme zweimal innerhalb von wenigstens zwölf Stunden der irreversible Hirntod des Patienten von zwei verschiedenen Ärzten festgestellt werden müsse, darunter mindestens einem Facharzt für Neurologie und Neurochirurgie. Kleinere Kliniken hätten diese Expertise nicht, so Nüßlein. Der CSU-Politiker fordert darüber hinaus eine neue Kampagne, um die Bevölkerung zu Fragen der Organspende zu informieren. Problematisch sei auch, dass Ärzte in Krankenhäusern in Notfallsituationen oft nicht wüssten, ob sie es mit einem potenziellen Organspender zu hätten. "Ein zentrales Register, das alle Personen aufführt, die bereit sind, Organe zu spenden, könnte hier Abhilfe schaffen", so Nüßlein. Auch ein entsprechender Vermerk auf dem Personalausweis sei denkbar.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-110797/neuer-unions-vorschlag-zur-organspende.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com